

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besonderheit bei täglich zweimaliger Auflage ist eine monatlich Rm. 3,20, durch Belebung Rm. 3,20 einschließlich 49,7 Rpf. Volgungs- (eine Verzulung) Gebühr bei jedem Redaktionssitz. Dresden. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsen mit Übernahmepreis 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-Alt. I., Marienstraße 38/52. Fernruf 25241. Postcheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsgerichts beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Einzelnummer 11. Preisliste Nr. 5: Wilmersdorf 122 mm breit 11,0 Rpf. Nachdruck nach Stoffel B. Familienangelegenheiten und Dienstboten 11,0 Rpf. — Wilmersdorf 6 Rpf. Billerbeck 20 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

## Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt hält an

### 750 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr

Berlin, 10. November.

Der Monat Oktober hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um rund 40 000 gebracht. Der winterliche Aufstieg der Arbeitslosigkeit schlägt damit später und erheblich schwächer ein als im Vorjahr, in dem er schon im September begann und im Oktober bereits rund 115 000 betrug. Ende Oktober 1936 wurden bei den Arbeitsämtern 1 076 000 Arbeitslose gezählt, das heißt über 750 000 weniger als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Auf 1000 Einwohner entfielen nur mehr 16,3 Arbeitslose gegenüber 27,7 im Vorjahr.

An der geringen Zunahme waren die ungelehrten Arbeitskräfte allein mit rund 21 000 beteiligt. Im Gast- und Dienstleistungsgewerbe drohten die Beendigung der Kur- und Reisezeit und die Pause vor der Winteraison den jahreszeitlich üblichen Rückgang im Arbeitseinsatz. Auch im Verkehrsverkehr kamen vereinzelt jahreszeitliche Einschränkungen vor. In dem noch immer voll beschäftigten Baugewerbe ergab sich am Stichtag eine Zunahme um rund 17 000 Arbeitslose, die in der Hauptstadt aus Freiwilligen von Angehörigen der Baumechanikerwerke zurückzuführen ist. In den vorwiegend konjunkturabhängigen Berufen wirkten die Austriebskräfte unvermindert fort. Besonders die Metall- und Maschinenindustrie blieb voll beschäftigt. Hier sowohl als auch im Bau- und Gewerbe hielt der Nacharbeitermarkt unvermindert an. Erfreulicherweise haben auch das Spinnstoffgewerbe und insbesondere das Bekleidungsgewerbe infolge günstiger

Beschäftigung eine größere Anzahl Arbeitskräfte neu eingestellt.

Mit der Zunahme der Arbeitslosen hat auch die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten um rund 25 000 auf rund 800 000 zugenommen, während die anerkannten Wohlfahrtsunterstützungsempfänger weiter um rund 4000 auf rund 148 000 zurückgegangen sind. Die Zahl der Notstandsarbeiter betrug Ende Oktober rund 81 000 gegenüber rund 70 000 Ende September.

#### Der Führer beglückwünscht Viktor Emanuel

Berlin, 11. November.

Der Führer und Reichskanzler hat Seiner Majestät dem König und Kaiser Viktor Emanuel seine aufrichtigen Glückwünsche zum Geburtstag telegraphisch übermittelt.

## Der Prozeß gegen den Mörder Gustloffs beginnt

### Der Jude Frankfurter am 9. Dezember vor dem Graubündner Kantongericht

Chur, 10. November.

Die Hauptverhandlung im Mordprozeß David Frankfurter vor dem Kantongericht Graubünden beginnt am 9. Dezember, 10 Uhr, im Saale des Großen Rates im Staatsgebäude. Sie dürfte etwa drei Tage dauern.

Diese Meldung aus der Schweiz gibt nun endlich über den Verhandlungstermin gegen den Mörder Gustloffs, David Frankfurter, Gewissheit. Man rechnete bekanntlich schon im September mit einer Verhandlung, die dann aber wegen des Ablebens des zuständigen Schweizer Staatsanwalts verschoben werden musste. Die Anklage wird nunmehr der Ankläger Frieder Brügger vertreten. Als Präsident des Gerichts wird Dr. Ganzoni genannt. Eine weitere Verhinderung des Verhandlungstermins trat dadurch ein, daß man annahm, das Gerichtsgebäude würde bei dem zu erwartenden Andrang nicht genügen. Es wurde daher gewartet, bis der Sitzungssaal des Großen Rates zur Verhandlung frei wurde. Diese Maßnahme beweist das große Interesse, das man nicht nur in Deutschland und der Schweiz, sondern in der ganzen Welt diesem Prozeß entgegenbringt. Es liegen dem Schweizer Gericht bereits zahlreiche Anträge ausländischer Journalisten auf Teilnahme an den Sitzungen vor.

Wenn in der Meldung der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß der Prozeß nur wenige Tage in Anspruch nehmen wird, so ist diese Annahme angehängt des klaren Tatbestandes der Ermordung berechtigt. Es erscheint aber fraglich, ob in

so kurzer Zeit auch die Frage der Hintergründe der Tat und der Hintermänner des Täters mit der Ausführlichkeit erörtert werden kann, die ein Attentat von so hoher politischer Bedeutung wie die Mordtat von Davos erfordert. Die von den deutschen Presse und auch einigen Schweizer Zeitungen in den letzten Tagen angeprangerten Versuche des internationalen Judentums in aller Welt, dem Mörder hilfreich zur Seite zu stehen und seine Verurteilung zu hinterziehen, lassen erkennen, daß der Mörder nicht allein steht. Es wäre auch zu klären, ob er noch andere Mordtaten beabsichtigt hat.

Voraussetzung für eine schnelle Abwicklung des Prozesses dürfte die Bekämpfung der Verteidigungsmaßnahmen für den Mörder aus das eigentliche Verhandlungsbema sein. Zahlreiche jüdische Presseausflüsse lassen erkennen, daß man von jüdischer Seite plant, die Verhandlung zu politischen Angriffen gegen die deutsche Heimat des Ermordeten und die nationalsozialistische Bewegung zu missbrauchen. Man wird für diesen Fall einachende deutsche Erwiderungen um so weniger zurückweisen können, als ja nach der Mordtat von schweizerischer Seite die Auseinandersetzung der Landesgruppe Schweiz des NSDAP aus Gründen verfügt wurde, wie sie auch in dem Pressefeldzug gegen Gustloff eine Rolle spielten. Mit dem Einreden der Wehrdienstviträne von deutscher Seite ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Voraussichtlich wird auch die Witwe des Ermordeten, Frau Hedwig Gustloff, persönlich über die Mordtheorie gegen ihren Mann und die Ereignisse am Mordtage vernommen werden.

## Das „Verteidigungskomitee“ flieht aus Madrid

### Die Kommune will Gebäude sprengen

Vom Sonderberichterstatter des DNB

Salamanca, 10. November.

Nachrichten aus Madrid berichten, daß das nach der Flucht der roten „Regierung“ nach Valencia in Madrid eingeschlossene „Verteidigungskomitee“ es für ratsam befunden hat, die Hauptstadt zu verlassen und sich nach dem 185 Kilometer südlich von Madrid gelegenen Guernica in Sicherheit zu bringen. Von den roten Verbündeten befindet sich jetzt nur noch der sogenannte Flüchtlingsaustralisch in der Hauptstadt, dessen Geschäftsräume Tag und Nacht von der Einwohnerchaft belagert sind, die hier anstecken und auf ihre Flüchtlingsausweise warten, die sie für den Auszug aus Madrid benötigen. Im übrigen ist auch Madrils unruhig bekannte rote Bürgermeister Alco bei Nacht und Nebel aus der Stadt geflohen.

Die auf vielen Wegen aus der Stadt gelangenden Meldeungen, daß die roten Vorbereitungen getroffen haben, daß Post- und Telegraphenamt, die Bank von Spanien, die Ministerien und das Außenministerium im Augenblick des Einzugs der nationalen Truppen in die Stadtmitte in die Luft zu sprengen, verbreiten sich immer mehr.

Bei der Belieferung hat die rote Artillerie, die im Madrider Stadtteil aufgestellt war, sehr gelitten. Manche

Geschütze wurden von den nationalen Truppen vollkommen zusammengeschossen. Die Kommunisten sollen in den letzten Tagen beim Angriff der Nationalen auf die Stadt weit mehr als 2000 Tote zu verzeichnen haben. Nationale Flieger haben während der letzten Stunden die Stadt in geringer Höhe überflogen und Angriffe an die Bevölkerung, die von den Fliegern sichtlich beeindruckt ist, abgeworfen.

#### Sowjetbomber bei Alcorcon abgeschossen

Alcorcon, 10. November.

Am Dienstagvormittag wurde in der Nähe von Alcorcon ein zweimotoriges sowjetisches Bomberflugzeug von einer eben erst in Stellung gegangenen nationalen Flakbatterie abgeschossen. Von der feindlichen Belagerung, die aus spanischen Kommunisten bestand, verbrannten fünf Männer, während der sechste mit dem Fallschirm abprang und in schwerverletztem Zustand gefangen genommen wurde. Beim Aufprall des Flugzeuges auf den Boden explodierte ein Teil der mitgeführten Bomben.

Nationalflagge auch auf der spanischen Gesandtschaft in Athen. Der neue spanische Gesandtschafter in Athen hat im Einvernehmen mit der nationalen Franco-Regierung auf dem Gesandtschaftsgebäude die spanische Nationalflagge gehisst.

## Der Krieg in Afrika

Marshall De Bonos und Marshall Badoglio  
Erinnerungen

Von unserem römischen H.-W.-Korrespondenten

Rom, im November 1936.

Beide Marschälle haben zur Feder gegriffen. Der eine, Emilio De Bono, dessen Mission mit der Einnahme von Malakal zu Ende war, berichtet über Vorbereitung und erste Operationen des abessinischen Feldzuges. Der andere, Pietro Badoglio, Herzog von Abbà Abeba, über Krieg und Sieg („La guerra d'Etiopia“ Verlag A. Mondadori, Mailand). Beide Bücher sind mit einem Vorwort Mussolinis ins Leben getreten. Aus beiden ist vieles zu lernen.

Reich an Überraschungen ist das Werk De Bonos. Gewöhnlich, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, ist der alte Haudegen und Quadrupel vom Marsch auf Rom von geradezu verblüffender Offenheit, selbst wenn er sich verpflichtet fühlt, einzelne Schwierigkeiten im Verkehr mit Amtsstellen zu schildern. Wir erfahren hier Wesentliches über Früh- und Vorgeschichte des ostafrikanischen Krieges. Der Freundschaftsvertrag hatte sich nicht bewährt. Die Italiener hatten ihre guten Gründe, an dem ernstlichen Willen ihres Vertragspartners zu zweifeln. Schon im Jahre 1932, da kaum vier Jahre seit dem Abschluß des Paktes vergangen waren, sah sich Rom veranlaßt, mit einer bewaffneten Auseinanderlegung zu rechnen. De Bono, damals als Kolonialminister im Consulatapalast auf dem Quirinal sitzend, hatte genaue Kenntnis der Lage in Eritrea und Somalia, war er doch eigens hinübergelaufen, um Mussolini eingehend Bericht erstatten zu können. Mehr und mehr drängt sich die Überzeugung auf, daß die beiden ostafrikanischen Kolonien ohne Hinterland zu keiner gediehlichen Entwicklung kommen würden.

Abnehr oder Angriff, das war die Frage, die es zunächst zu beantworten galt. Man arbeitete unermüdlich Pläne aus, um jedem Gang der Dinge gerecht zu werden. Aber Mussolini, immer an das Ganze denkend und alle politischen Faktoren abwägend, hielt es nicht für zweckmäßig, ohne weiteres der Offensive das Wort zu reden, so wenig er sich abschrecken ließ von dem Riesenaufgebot, das ein Angriff auf Abyssinien unbedingt mit sich bringen müßte. Man beschäftigte sich ebenfalls mit dem leichten afrikanischen Kaiserreich, und bereits 1933 war sich Mussolini einig, daß die Frage nicht später als 1936 gelöst sein müsse. „Mit keiner Seele“, schreibt Marshall De Bono, „hatte der Duce von bevorstehenden Operationen gesprochen. Nur er und ich waren auf dem laufenden. Keine wie immer geartete Indiskretion erlaubte, daß die Runde in irgendeiner Art auf das Publikum einwirken könnte.“

Der Krieg wurde vorbereitet. Ende Dezember 1934 verfaßte Mussolini persönlich „Direktiven und Aktionsplan zur Lösung der italienisch-abessinischen Frage“. Es war eben so, daß Italien gewungen war, sich zu spalten. Denn die Zeit arbeitete gegen Rom. De Bono geht als Hochkommissär nach Eritrea. Beide ostafrikanischen Kolonien sind ihm unterstellt. Er hat die Aufgabe, an Ort und Stelle alles nach dem Mussolinischen Aktionsplan vorzubereiten. Im Februar 1935 schreibt der Duce an De Bono: „Die Anzeichen deuten darauf hin, daß der Reges nicht die Initiative zu einem Zusammenschluß ergreifen will. Hat der Reges tatsächlich nicht die Absicht, uns anzugreifen, so müssen wir selbst die Initiative ergreifen. Das ist nicht möglich, wenn Du nicht gegen Ende September außer den Garibien wenigstens 100 000 weiße Soldaten zur Verfügung hast, die rasch auf 200 000 erhöht werden können. Das will Dir im Verlauf des Jahres 200 000 Mann zur Verfügung stellen.“ Mussolini drängt auf Beschleunigung der Tempi, schon mit Rücksicht auf die zwischenstaatlichen Streitigkeiten. De Bono bemerkt über diese programmatischen Entschließungen: „Man mußte vom Plan einer manövrierten Defensiv, der eine Gegenoffensive folgen sollte, zu einer offensiven Aktion übergehen.“ Dem Zwischenfall von Uai-Uai schenkt De Bono nur geringe Beachtung. Er verdient auch nicht mehr, nach all dem zu schließen, was uns der Marshall zu berichten weiß. De Bono, unmittelbar nach diesem weniger Italien als die Welt beschäftigenden Zwischenfall als Hochkommissär nach Ostafrika geschickt, hatte von Mussolini ganz unzweckmäßige Weisungen mit auf den Weg bekommen: „Du tröbst den Oelsmeier in der Tasche. Wenn es uns zweckmäßig erscheint, die Bedingungen zur Belieferung des Zwischenfalls anzunehmen, so läßt Du den Kaiser wissen. Du seist geschickt worden, um die Missverständnisse aus dem Wege zu räumen und an der Herstellung gunstigerlicher Beziehungen mitzuverarbeiten. Fahr mittlerweile in den Vorbereitungen fort, immer im Hinblick auf den für uns schwierigsten und unangenehmsten Fall.“ Betreut diesen Weisungen vollzog sich die Aussprache De Bonos mit dem abessinischen Geschäftsträger in Addis Abeba. „Ich war natürlich davon überzeugt, daß er mir nicht glaubte. Und er hatte recht“, fügt der Matto